

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

4.12.1930 (No. 283)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Beamtlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger, Chefredakteur G. Krenn, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigebekämpfung, unangemessener Preisbildung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsgebühren erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshilfsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Kampf um die Notverordnung

Vorausichtlich nur knappe Mehrheit für die Regierung

M. Berlin, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Während man gestern in politischen Kreisen nach dem Verlauf der Fraktionsberatungen glaubte, daß eine Mehrheit für die Regierung absolut gesichert sei, ist man heute wieder pessimistischer geworden. Man nimmt an, daß nur eine knappe Mehrheit herauskommen werde.

Die Deutsche Volkspartei hat sich nun zwar entschieden, gegen die Aufhebung der Notverordnungen und die eingebrachten Mißtrauensanträge zu stimmen, doch ist andererseits die Haltung der Wirtschaftspartei schroff ablehnend gegen die Regierung geworden, und diese Partei hat nun gleichfalls einen Mißtrauensantrag eingebracht. In der Sozialdemokratie ging es gestern sehr lebhaft zu. Doch scheint hier die Führung den Widerstand des linken Flügels ebenso überwunden zu haben, wie in der Deutschen Volkspartei die Opposition des rechten Flügels zugunsten eines einheitlichen Vorgehens zurückgedrängt wurde. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben Müller und Breitscheid nun wohl den Sieg davongetragen, so daß die Sozialdemokraten die Regierung indirekt unterstützen werden und von dieser Seite kaum mehr Schwierigkeiten zu erwarten sind. Aus einer Mitteilung des „Vorwärts“ geht jedenfalls hervor, daß die Fraktion nicht mehr unbedingt auf Ausschlußberatung der Notverordnung besteht, sondern es vorziehen wird, in Form von Initiativanträgen die Abänderung einzelner Gesetze der Notverordnung zu fordern.

Einiges Aufsehen haben gestern zwei verschiedenartige Kommuniqués über den Rücktritt des der Wirtschaftspartei angehörenden Reichsjustizministers Dr. Bredt erregt, da die Wirtschaftspartei den Rücktritt für vollzogen erklärte und eine Mitteilung der Reichsregierung ihn als weiter beurlaubt betrachtet. Die Dinge liegen offenbar so, daß Dr. Bredt dem Drängen der Partei nicht nachgeben wollte, während diese ihrerseits die Zurückziehung nicht rückgängig machen wollte und konnte. So scheint man zu einem Kompromiß gekommen zu sein, in dem Dr. Bredt vorläufig den Urlaub anerkannt. Inzwischen aber dürfte seine Stellung infolge des Mißtrauensantrags der Wirtschaftspartei ganz unhaltbar geworden sein.

Ein Berliner Mittagsblatt spricht heute von einem schweren Konflikt im Kabinett, und zwar mit dem der Bayerischen Volkspartei angehörenden Reichspostminister Schädel. Es soll sich dabei um das Steuervereinfachungsgesetz handeln, das nach einer Münchener Meldung dort als ein unerträglicher Eingriff in die Steuerhoheitsrechte der Länder betrachtet werde. Das wird in Berlin amtlich mit aller Entschiedenheit bestritten. Soweit wir unterrichtet sind, ist ein Konflikt akut gewesen, als der bayerische Ministerpräsident Dr. Selb sich in Berlin befand und Rücksprache mit dem Kanzler nahm. Er scheint sich aber dann von Brünning überzeugen lassen. Jedenfalls ist es dann davon still geworden, bis diese Meldung kam.

Im übrigen beruht die Mehrheit der Regierung auf ganz wenigen Stimmen, namentlich nach der Erklärung des Landvolkführers Gerek, daß seine Partei, einschließlich des Bauernbundes, für die Aufhebung der Notverordnung stimmen werde. Doch glaubt man, daß diese Parole nicht allgemein befolgt wird.

In der Deutschen Volkspartei hat sich offenbar die Auffassung durchgesetzt, daß es sehr schwer sein würde, am selben Tage verschiedene zu votieren. Das Kompromiß innerhalb der Fraktion wird wahrscheinlich darin bestehen, daß die Stellung der Regierung Brünning zur Sozialdemokratie nach der Beendigung der Reichstagsberatungen geklärt werden und danach die Haltung der Deutschen Volkspartei zum Kabinett bestimmt werden soll.

In der Reichstagsfraktion des Zentrums schloßerte am Mittwoch Reichskanzler Dr. Brüning ausführlich die Besprechungen mit den Parteiführern, die jedoch nicht zu einer Einigung geführt haben, so daß eine parlamentarische Erledigung der Regierungsvorlage ausgeschlossen schien. Dr. Brüning betonte im besonderen, daß der Reichstag sich noch in dieser Woche über Annahme oder Ablehnung der Notverordnung entscheiden müsse und daß andererseits die Notverordnung einschließlich der Änderungen der Juli-Notverordnung ein geschlossenes Ganzes bilde, so daß Änderungen an ihr nicht vorgenommen werden könnten.

Kartoffelzoll der Reichsbahn um 10 Proz. ermäßigt. Die bereits angekündigte Herabsetzung der Reichsbahnzoll für den Bezug von frischen Kartoffeln in Wagenladungen beträgt nach einer amtlichen Mitteilung 10 Proz., und tritt bereits am 4. Dezember in Kraft.

Letzte Nachrichten

Owen d'Young über das Reparationsproblem

Er verlangt Verständnis für den Schuldner

WTB. New York, 4. Dez. (Tel.) Owen d'Young, der im Lokalklub eine Ansprache hielt, bemerkte über die Reparationsfrage, die Tatsache könne nicht ignoriert werden, daß die Mehrheit der öffentlichen Meinung der ganzen Welt eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems verlange, die in allem bestimmte Verpflichtungen festlege. Nach fünfjährigem Kampf wurde immerhin viel erreicht, indem Gewißheit an die Stelle der Ungewißheit trat, was politisch wie wirtschaftlich das wichtigste Ziel darstelle, das zu erreichen war.

Durchaus verständlich sei es, daß die Schuldner in Zeiten entwerteter Waren- und Effektenpreise die Revision ihrer Verpflichtungen verlangten. Moralisch sei das Argument des Schuldners zutreffend, er könne aber kein Gehör finden, ohne daß seine Gläubiger von seiner Unfähigkeit, zu zahlen, überzeugt seien. Was die großen Nationen anlangte, so erhoffte er allerdings einen freieren Blick und verständigeres Mitgefühl gegenüber solchen Fragen, als ein Privatgläubiger gegenüber seinem Schuldner aufzubringen pflege. Jedenfalls solle Amerika nicht so hartnäckig sein, keinesfalls aber solle es aus Unschlüssigkeit oder politischem Opportunismus uns wieder in die früher vorhandenen Verhältnisse zurückwerfen.

Young fuhr fort: „Was immer Amerika tut — und es ist nicht Angelegenheit eines einzelnen Staatsbürgers, Amerika sein Vorgehen vorzuschreiben — laßt es stets ein bestimmtes Vorgehen sein! Laßt uns bei allen Nationen die schreckliche Ungewißheit vermeiden, die schlimmer ist als die schwersten Zahlungen. Dies ist alles, was ich über die Schulden und die Reparationen sagen kann. Aber ihre Beträge oder die Zahlungsfähigkeit der Schuldner habe ich nichts zu sagen. Es sind Fragen, die nur im Licht der Verhältnisse, unter denen sie auftauchen, geregelt werden können. Ich hoffe, daß Amerika hinter anderen Ländern in der richtigen Würdigung dieser Verhältnisse nicht zurückbleiben wird.“

Die heutigen Aufgaben der Berliner Polizei

M. Berlin, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Die Berliner Polizei steht heute vor Aufgaben, die ihre Kräfte zu übersteigen drohen. Sie muß nicht nur die Ruhe vor dem Reichstagsgebäude aufrechterhalten, sondern gleichzeitig auch das Rathaus sichern, in dem eine Stadtverordnetenversammlung stattfindet. Ferner findet im Zirkus Busch eine große Demonstrationssammlung der Erwerbslosen statt, während gleichzeitig die Kommunisten in der Gegend des Friedrichshains eine Waffenfundung einberufen haben. Ferner sind 7 Versammlungen der Rot-Sportler unter freiem Himmel anberaumt, des weiteren eine Kundgebung des Stahlhelms, eine Versammlung der Nationalsozialisten mit Gäßbels und eine Versammlung der nationalsozialistischen Studenten in der Hasenheide, in der Hitler selber sprechen wird.

Auslieferungsantrag gegen einen Deutschen

WTB. Paris, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Die Anklagekammer des Kolmarer Appellationsgerichts hat sich beschäftigt gegenwärtig mit einem Auslieferungsantrag des Gerichts in Wiesbaden gegen den 31jährigen Hermann Friedrich, der ehemals als Schriftsteller in Karlsruhe ansässig gewesen sein soll. Die Blätter berichten dazu: Hermann Friedrich, der einer der begeisterten Anhänger Hitlers gewesen sei, habe die Partei 1929 verlassen und ist, um sich den Repressalien seiner früheren Freunde zu entziehen, nach Straßburg geflüchtet. Seine ehemaligen Parteifreunde hätten nun bei den deutschen Gerichten ein Verfahren wegen Erpressung gegen ihn eingeleitet. Auf Grund des Auslieferungsantrages sei Hermann Friedrich vor zwei Wochen von den französischen Behörden verhaftet worden. Sein Rechtsanwalt wie auch der Staatsanwalt hätten Ablehnung des Auslieferungsvertrages des Wiesbadener Gerichts beantragt. Die Anklagekammer werde in acht Tagen entscheiden. Hermann Friedrich sei gegen Ehrenwort auf freien Fuß gesetzt worden.

Wiesbadener Nationalsozialisten vor Gericht

WTB. Wiesbaden, 4. Dez. (Tel.) Der hiesige Ortsgruppenführer der NSDAP, Hauptschriftleiter Gabisch, und drei Mitglieder der nationalsozialistischen Organisation hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Fluchtbegünstigung zu verantworten. Sie hatten im Jahre 1928 den 1925 vom Reichsgericht zum Tode verurteilten sogenannten Fischer-Neumann, der später zur NSDAP übergetreten und aus der Charité in Berlin entflohen war, in Wiesbaden verborgen und ihn mit falschen Papieren die Flucht erleichtert. Einer der Angeklagten wurde freigesprochen, Gabisch wurde zu drei Monaten Gefängnis und ein dritter Angeklagter zu 600 M Geldstrafe verurteilt.

Die Massenverhaftungen in Jäskowitz

WTB. Breslau, 4. Dez. (Tel.) Im Breslauer Polizeipräsidium wurde heute früh mitgeteilt, daß in Jäskowitz insgesamt 321 Personen festgenommen wurden, von denen vier im Laufe des Tages dem Richter vorgeführt werden sollen. Unter den letzteren befindet sich auch Rittergutsbesitzer v. Delfen sowie ein Outsaugestellter, in dessen Besitz sich zwei Karabiner befanden. An Waffen wurden von der Polizei beschlagnahmt acht Militärgewehre und Karabiner, zwei Jagdgewehre, 21 Revolver und Pistolen.

* Traurige Symptome

In Preußen häufen sich die Fälle, in denen große Städte wegen ihrer katastrophalen Finanzlage unter Staatsaufsicht gestellt werden müssen. Wo sich der Nachweis erbringen läßt, daß Magistrat und Stadtverordnete pflichtgemäß alles getan haben, um die Finanzen in Ordnung zu halten, wird man im Hinblick auf die ungeheueren Anforderungen, die durch die Erwerbslosigkeit an die Städte gestellt werden, die Verhängung einer solchen Staatsaufsicht als etwas Unentrichtbares betrachten müssen. Ganz anders sind die Dinge zu beurteilen, wenn offenkundige Mißwirtschaft und Leichtfertigkeit im Bunde mit Mangel an Verantwortungsgefühl die Katastrophe herbeigeführt haben. Das jammervollste Beispiel für eine derartige Mißwirtschaft bietet die Finanzpolitik der Reichshauptstadt Berlin.

Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen von zwei Ereignissen, daß gerade an dem Tage, an dem die Staatsaufsicht über Berlin verhängt wurde, die Mitteilung durch die Presse ging, der international organisierte „Verband der Gottlosen“ habe seinen Sitz von Moskau nach Berlin verlegt. Dieser Verband hatte sicherlich Berlin noch gerade gefehlt! Erst der Skarek-Standal, dann der Skandal um Herrn Böß, dann die neuen Skandale auf dem Gebiete der städtischen Finanz- und Wirtschaftspraktiken, dann das ungläubliche Verhalten des Stadtparlaments, dessen sämtliche Parteien sich um die Verantwortung herumdrückten, dann die aufreizenden neuen Bestimmungen in verkehrspolitischer Beziehung, dann der Beschluß des Magistrats, der Herrn Böß zu einem Urteilspruch gratuliert, der moralisch den verfloffenen Oberbürgermeister erledigt, wenn er ihn auch in der Strafbesetzung so schonend als nur irgend möglich bestrafte, dann die Unruhen vor dem Universitätsgebäude und schließlich als eine Art symbolischer Krönung des Ganzen: die Übersiedelung des „Verbandes der Gottlosen“ nach Berlin!

Fürwahr, dieses Berlin ist nicht geeignet, für den Gedanken des Unitarismus zu werden. Denn, da Unitarisierung und Zentralisierung gleichbedeutend wäre mit der Verberlinerung des Reiches werden heute wohl auch die Staatsbürger, die bisher eine neutrale Haltung der Frage „Föderalismus oder Unitarismus?“ gegenüber beobachteten, diese Frage in einem für den Unitarismus nicht günstigen Sinne beantwortet haben.

Die beiden Herren, die mit der Staatsaufsicht über Berlin beauftragt worden sind, kann man gewiß nicht beneiden. Sie sollen jetzt Ordnung schaffen, nachdem jahrelang in einer schlimmen Mißwirtschaft die Finanzen bis an den Rand des Bankrotts getrieben worden sind; denn, wie von Kennern der Verhältnisse behauptet wird, ist die Unordnung so groß, daß man überhaupt noch nicht erkennen kann, wie da noch geholfen werden soll.

Die Begleitmusik zu der Tatsache, der Verhängung der Staatsaufsicht lieferte in der Stadtverordnetenversammlung, welche sich mit dem Jaktum zu beschäftigen hatte, die kommunistische Rathausfraktion, indem sie erst durch Lärm und Loben die Verhandlungen illusorisch zu machen versuchte und dann, als der Versammlungsleiter energisch gegen sie vorging und die Hilfe der Polizei herbeirief, im Sitzungssaal Barrikaden errichtete und mit Stühlen und Stuhlbeinen eine regelrechte Schlacht lieferte. Wenn man die Schilderungen liest, wie sich diese kommunistischen Stadtverordneten aufgeführt haben, in welcher unwürdigen Weise sie, die Gewählten des Volkes, dann von der Schupo unter Knüffen und Schlägen mit Gewalt aus dem Saal herausbefördert werden mußten, dann faßt einem ein tiefer Ekel an, und man konstatiert eine Verwilderung wie sie schlimmer kaum noch gedacht werden kann.

Und von ähnlichen Akten der Verwilderung hören wir in den letzten Tagen auch aus anderen Städten. In erster Linie sind es die Kommunisten, die ganz bewußt Zusammenstöße und richtige Kämpfe mit der Schupo inszenieren. Weil in Chemnitz, dessen regierende Bevölkerungsmehrheit gewiß nicht „bürgerlicher Reaktion“ verdächtigt werden kann, die Löhne der Straßenbahner um einen bestimmten Prozentsatz gesenkt werden mußten, lassen sich die Straßenbahner durch kommunistische Agenten nicht nur in einen Streik, sondern in regelrechte Barrikadenkämpfe mit allen möglichen Ausschreitungen blutiger Art hineinziehen. In Leipzig hat es gestern Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Polizei gegeben, bei denen mehrere Menschen getötet wurden. In der brutalsten Weise hat man mit Messern auf die Polizeibeam-

ten eingestochen. Ein Polizeiwachmeister ist bereits seinen Verletzungen erlegen. Und aus Hamburg kommen ähnliche Nachrichten.

Die Keilereien zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten, zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten und zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten sind schon so sehr eine Tageserscheinung geworden, daß man sich kaum noch darüber aufregt. Bedenklicher ist es, wenn ganze Ortsgruppen dieser Kampfverbände militärische Übungen abhalten, wie das jetzt für das Reichsbanner in Thüringen nachgewiesen worden ist, und wie dies neuerdings auch für die Nationalsozialisten in Schlesien behauptet wird. Allerdings ist hierzu zu bemerken, daß Herr Hitler in einem Telegramm die Zugehörigkeit der in Jäschkowitz verhafteten 300 Personen zur Nationalsozialistischen Partei bestritt; seit dem Verbot der Ortsgruppe in Breslau seien auch alle Sturmabteilungen aufgelöst worden. Es könne sich nach Hitlers Meinung bei den Festgenommenen nur um Mitglieder verschiedener anderer nationaler Verbände handeln. Nach den Beschlüssen der politischen Leitung der Partei werde jeder rückwärtslos aus der Partei entfernt, der illegale Mittel im politischen Kampf anwendet.

Das klingt alles recht schön und beruhigend. Aber ob es sich nun in Jäschkowitz um Angehörige der Nationalsozialistischen Partei oder anderer Kampfverbände gehandelt hat, so hat es sich doch dort um eine rein militärisch aufgelegene Nachbildung gehandelt, und die ist vom Standpunkt der öffentlichen Ordnung gewiß ebensowenig als harmlos zu bezeichnen, wie die militärische Übung des Reichsbanners in Thüringen. Und die Polizei hat wirklich alle Veranlassung, scharf aufzupassen und nötigenfalls durchzugreifen. In Thüringen besorgt das der nationalsozialistische Innenminister Fric mit der Front gegen das republikanische Reichsbanner, und in Preußen besorgt das der sozialdemokratische Innenminister Severing mit der Front gegen den radikalen Nationalsozialismus. Ganz, wie sich eben die Regierung gerade zusammensetzt. Da ist es gewiß kein Wunder, wenn der ruhige Staatsbürger sich nach einer Praxis sehnt, bei welcher die Einseitigkeit des Parteimäßigens etwas mehr in den Hintergrund tritt und Probleme der öffentlichen Ordnung nur im Sinne der Gerechtigkeit und Überparteilichkeit gelöst werden.

Tardieus Aussichten im Senat Hilfsstellung Poincarés

W.B. Paris, 4. Dez. (Tel.). Fast die gesamte Morgenpresse stellt Erörterungen über den Ausgang der Interpellationsdebatte an, die heute nachmittag im Senat stattfindet. Angesichts der Zusammenfassung des Senats und der Tatsache, daß die radikale Senatsfraktion keine absolute geschlossene homogene Gemeinschaft ist, läßt sich mit Bestimmtheit die Anzahl der Senatoren, die sich innerhalb dieser Fraktion doch für das Kabinett Tardieu aussprechen könnten, nicht voraussetzen. Kenner der Verhältnisse sollen festgestellt haben, daß das Verhalten von 12 Senatoren zweifelhaft sei, und dies könnte über das Schicksal des Kabinetts entscheiden.

Das „Echo de Paris“ glaubt mitteilen zu können, daß Poincaré im Verlauf des gestrigen Tages in sehr bestimmter Weise zugunsten Tardieus Stellung genommen habe. Poincaré, der sich sehr freundschaftlich mit Tardieu unterhalten habe, habe zahlreiche Freunde antreten. Er werde heute im Senat offen sichtbar für Tardieu stimmen.

Vor der Entscheidung im englischen Bergbaukonflikt

W.B. London, 4. Dez. (Tel.). Heute werden die Vergarbeiterdelegierten in London zu ihrer von der Öffentlichkeit mit großer Anruhe erwarteten Konferenz zusammengetreten. Von der Regierung wurde den Vergarbeitern nahegelegt, dafür einzutreten, daß sich die Bergleute in den Bezirken, wo es notwendig sei, mit der gestaffelten Arbeitszeit abfinden. Der Vollzugsausschuß wird heute der Konferenz lediglich Bericht erstatten. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Konferenz eine Stafflung der Arbeitszeit ablehnen und beschließen wird, in den Kohlenbezirken eine Abstimmung über die Frage eines allgemeinen Streiks zu veranstalten.

Kurze Nachrichten

Dr. Jarres, der Oberbürgermeister von Duisburg, hat wegen Arbeitsüberlastung den Vorstoß im Rheinischen Städtetag niedergelegt.

Dr. Edeker weiß nun in London, um bei der Unterjudung über die Katastrophe des „R 101“ mitzuwirken. Es wurde vom Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Sir John Simon, begrüßt, der auf die Vorteile, die dem Ausschuss aus der Unterstützung und der Anwesenheit Dr. Edekers erwachsen, hinwies.

Staatspartei in Fraktionsstärke. Der in Schlesien für die Deutsche Bauernpartei gewählte Reichstagsabgeordnete Gillebrand hat sich als Opiant der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei angeschlossen, obwohl er in der Deutschen Bauernpartei bleibt. Im Ältestenrat des Reichstags wurde daher die Gruppe der Deutschen Staatspartei, die nunmehr mit Gillebrand 15 Mitglieder zählt, als volle Fraktion anerkannt. Über die Umbeziehung der Ausschüsse im Reichstag, in denen die Staatspartei als Fraktion künftig vertreten sein wird, will der Ältestenrat in seiner nächsten Sitzung Beschlüsse fassen.

Die Reichstagsdiäten. Der Ältestenrat des Reichstags billigte die Vorschläge des Unterausschusses, wonach die Diäten um 20 Proz. gesenkt werden.

Der schleswigsche Bauernführer Samtens wurde in Königsberg (Ostpreußen) wegen fortgesetzten Vorgehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und wegen öffentlicher Beleidigung von Reichs- und Staatsbehörden aus einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und 500 M Geldstrafe verurteilt.

Krupp baut eine ägyptische Brücke. Nach einer Neuentdeckung aus Kairo verlautet, daß die ägyptische Regierung dem Angebot der Firma Krupp, die Benha-Brücke für 173 000 ägyptische Pfund zu bauen, den Zuschlag erteilt habe.

Der Schiedspruch in der sächsischen Metallindustrie wurde vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

Etatsrede des Reichsfinanzministers Kürzung um 1,5 Milliarden gegen das Vorjahr

Die vielen Tribünenbesucher, die sich am Mittwochnachmittag mit schwerer Mühe die Zulaufungsarten für die erste Reichstagsfraktion nach der langen Pause verschafft hatten, sind nicht auf ihre Rechnung gekommen, wenn sie auch auf große Sensationen, auf Lärm und Konflikte gespannt hatten. Die Sitzung war kurz und brachte auch keine Aufregungen, denn sie war nur ausgefüllt mit einer einzigen, wenn auch inhaltsschweren Rede des Reichsfinanzministers Dietrich. In dieser Rede begründete der Minister den Etat für 1931, der im Hinblick auf die Notlage des Reiches um nahezu anderthalb Milliarden hinter dem Etat des Vorjahres zurückbleibt.

Da über die Notwendigkeit zu strenger Sparsamkeit kaum Meinungsverschiedenheit im Parlament bestehen, gab es nur wenige Zwischenrufe von den radikalen Flügelparteien. Die Rede wurde im allgemeinen ruhig angehört und fand am Schluß gemäßigten Beifall aus den Mittelparteien. Die neue Notverordnung der Reichsregierung, die den Gegenstand des Hauptinteresses der Parteien gegenwärtig bildet, stand zwar noch nicht auf der Tagesordnung, aber sie wurde natürlich vom Reichsfinanzminister mit herangezogen bei der Darstellung unserer Finanzlage. Man erfuhr dabei, daß der viel angefochtene ursprüngliche Plan einer Besatzungssperre für die Gemeindebeamten aufgegeben ist. Der Minister betonte, daß das Reich mit seinen Finanzen sich jetzt in keiner akuten Gefahr befinde und daß die Bewilligung des vorliegenden Etats im Zusammenhang mit der Notverordnung die Kreditfähigkeit und die Aktionsfähigkeit des Reiches auf die Dauer gewährleisten würden. Wenn die Regierung den Weg der Notverordnung beschreiten mußte, so sei sie dazu durch die mangelnde Verantwortungsfähigkeit und Leistungsfähigkeit des Parlaments gezwungen worden. Der Minister sagte das nicht in so groben Worten, aber er deutete es in nicht mißzuverstehender Weise an.

Im einzelnen führte der Reichsfinanzminister noch aus: Eine besonders unpopuläre Maßregel ist die Gehaltskürzung. Es steht heute fest, daß wir uns im Jahre 1927 bei der Besatzungsreform in der Leistungsfähigkeit Deutschlands getäuscht haben. Mit guten Gründen ist damals auch bestimmt worden, daß die Gehaltsbemessung widerwillig sei. Wenn es gelingt, die Lebenshaltung zu verbilligen, so wird der Realbezug der Beamten, wie ihn das Jahr 1927 brachte, schließlich doch erhalten bleiben. Länder und Gemeinden sind zu gleichen Kürzungen verpflichtet worden. Wir liegt nichts fern, als Gemeinden unter Kuratel zu stellen, wie mir oft vorgeworfen wurde.

Das Pensionenkürzungs Gesetz liegt dem Reichstage bereits vor. Die Bestimmungen über die Senkung der Realsteuern enthalten als wesentlichste Anordnung, daß die Realsteuern im Jahre 1931 nicht erhöht werden dürfen.

In Zukunft werden Ersparnisse in erster Linie noch bei den Verwaltungsaufgaben des Finanzministeriums und des Arbeitsministeriums möglich sein, und zwar durch den Abban der Versorgungsämter und durch die Steuervereinfachung.

Bedeutung für die Entwicklung der Finanzen ist die Frage, wie das im Ausland angelegte deutsche Kapital zurückgeschafft werden kann. Ermittlungen haben ergeben, daß der gewaltige Abzug an Geld nach dem Ausland nur zu einem kleinen Teil auf Kapitalflucht und zum weitaus größeren Teil auf Zurückziehung ausländischer Kredite zurückzuführen ist. Um die Zurückführung des deutschen Kapitals zu erleichtern, beabsichtigt die Reichsregierung, bei geeigneter Zeit eine Steueramnestie zu erlassen. Außerdem sollen in Zukunft eidesstattliche Versicherungen bei Feststellungen über Vermögen oder Einkommen verlangt werden können. Mit Gewaltmaßnahmen ist auf diesem Gebiet nichts zu erreichen.

Zur Rassenfrage teilte der Minister mit, daß einschließlich der Betriebskredite bei der Reichsbank die Kasse am 1. Dezember einen verfügbaren Stand von 400 Millionen hatte.

Zur Frage des Finanzausgleiches betont der Minister, daß ein endgültiger Finanzausgleich noch nicht möglich sei. Für das kommende Jahr habe die Notverordnung eine Regelung getroffen.

Zusammenfassend stellt der Minister fest, daß, sowohl die direkten als auch die indirekten Steuern in Deutschland auf das höchste Maß angepannt seien. Dabei sei der Haushalt so sparsam aufgestellt, daß es der größten Mühe bedürfe, ihn durchzuführen. Der Etat sei ausgeglichen und Gehaltsmomente im Laufe des Jahres seien beseitigt. Die Bedeutung dieser Tatsache für die Aktionsfähigkeit des Reiches und den Reichskredit dürfe nicht unterschätzt werden.

In der gestrigen Sitzung wurde noch ohne Aussprache der deutsch-haitianische Handelsvertrag in allen drei Lesungen angenommen. Verträge mit Island, Luxemburg und England wurden gleichfalls debattelos den Ausschüssen überwiesen.

Muhig wie im Sitzungsjaahr verlief der Tag auch im Amtreife um den Reichstag, wo das vorjorglich bereitgestellte Polizeiaufgebot keinen Anlaß zum Einschreiten fand. Hart bedrängt wurden die Reichstagsportale nur von einem Waffenaufgebot von Photographen, Film- und Tonfilmoperatoren, und die ließ man freundlich gewähren.

Die Aussprache

In der heutigen Reichstagsfraktion um 12 Uhr begann die große politische Aussprache über den Etat und die Notverordnungen. Als erster Redner sprach für die Sozialdemokraten Abg. Keil. Er erklärte einleitend, die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei sei getragen von verantwortungsbewußter, gewissenhafter, nüchternen Erwägung. Die furchtbaren Wirkungen des Krieges hätte das deutsche Volk nicht ertragen können, wenn nicht durch die in der Weimarer Nationalversammlung geschaffene demokratische Republik die deutsche Einheit aufrechterhalten worden wäre.

Für die Reichstagsverhandlungen über die Notverordnungen werden drei Rednerreihen gebildet, so daß jede Partei mit drei Rednern zu Wort kommen wird, die Redezeit also für jede Partei drei Stunden betragen wird. Auf diese Weise besteht die Hoffnung, daß die große allgemeine Aussprache am Samstag zu Ende geführt werden kann; es soll jedenfalls dieses Ziel nach Möglichkeit erreicht werden, damit schon am Samstag die großen Entscheidungen fallen können.

Tabakzoll und Zigarettensteuer in der Schweiz. Der schweizerische Nationalrat begann am Dienstag die Beratung der wichtigen Vorlage über den Tabakzoll und die Einführung einer Zigarettensteuer, die vom Ständerat bereits genehmigt worden ist. Die bisherigen Zolleinnahmen aus dem Tabakzoll betragen rund 20 Millionen Franken. Die Zigarettensteuer soll weitere 10 Millionen Franken ergeben. Die mutmaßlichen Einnahmen von 30 Millionen Franken im Jahr sind für den Fonds der Alters- und Hinterbliebenenversicherung bestimmt. Die Zigaretten im Preise bis zu sieben Rappen das Stück sollen mit einer Steuer von einem halben Rappen, die Zigaretten über sieben Rappen mit einem Rappen pro Stück belastet werden.

Schacht über seine Eindrücke in Amerika

Die Reparationsfrage eine wirtschaftliche Frage

Der frühere Reichspräsident Schacht traf am Mittwoch mit dem Dampfer „Columbus“ von seiner Amerikareise wieder in Bremen ein. Als Gast der Bremer Handelskammer äußerte er sich über seine Eindrücke und Erfahrungen in Amerika. Er führte u. a. etwa aus:

Er habe seine Reise nach Amerika als Privatmann gemacht. Seine Vorträge wurden überall mit außerordentlicher Aufmerksamkeit angehört. Für die Notwendigkeit, daß Deutschland seine eigenen Rohstoffgebiete haben müsse und dafür, daß Deutschland auch ein Anbaugebiet haben müsse, wohnen es einen Teil seiner Überbevölkerung abschicken könne, habe er das größte Verständnis in allen Kreisen gefunden. Er sei der festen Überzeugung, daß Amerika seinen Finger rühren werde, wenn nicht die Abrüstungsfrage weitergeführt werde. Aber eines habe Amerika heute schon völlig begriffen, daß nämlich die Reparationsfrage nicht gelöst werden kann durch irgendwelche politischen oder militärischen Pressionen auf Deutschland. Die Reparationsfrage sei eine ökonomische Frage. Er, Dr. Schacht, würde es begrüßen, wenn man in Deutschland endlich anstatt dauernd auf den Youngplan zu schelten, diese ökonomische Grundtendenz des Youngplans als Waffe benutzen würde. Ich habe den festen Glauben, so schloß Dr. Schacht, daß, wenn Deutschland sein Schicksal selbst in die Hand nimmt, es die anderen Mächte überzeugen wird, daß entweder auf ökonomischem Wege Abhilfe geschaffen werden muß, oder daß dieses Problem ein für allemal beschwinden muß.

Die neue österreichische Regierung Ender

In Wien ist es nun gelungen, die Koalition zwischen der Christlich-Sozialen Partei und dem Schuber-Bund zu bilden und die Liste der neuen Regierung aufzustellen.

Die Kanzlerschaft übernimmt der Christlich-Soziale Dr. Ender, bisher Landeshaupmann von Boraalberg. Das Vizekanzleramt und das Außenministerium erhält Dr. Schuber, das Innenministerium der Landbundführer Binkler, das Finanzministerium der bisherige Finanzminister Dr. Juch, ein den Christlich-Sozialen nahestehender Beamter, das Handelsministerium der Wiener Christlich-Soziale Heintl, das Unterrichtsministerium der niederösterreichische Christlich-Soziale Dr. Cserna, das Justizministerium der Obmann der Großdeutschen Partei, Dr. Schürff, gewesener Handelsminister in den Kabinetten Dr. Seipel, das Heeresministerium der bisherige Bundeskanzler Baugoin, der bereits seit zehn Jahren dieses Amt verwaltet, das Ackerbauministerium der Tiroler Christlich-Soziale Traler.

Die Heimwehr ist somit nicht an der Regierung beteiligt.

Im memelländischen Landtag wurde von einem Abgeordneten mitgeteilt, daß ein Nationalistauer durch habe, zwei Abgeordnete der Landwirtschaftspartei durch Verletzung für großlitauische Ziele zu gewinnen, indem er ihnen 30 000 Lit. geboten habe. Ebenso wurde berichtet, daß bei den Wahlen auf einer großlitauischen Liste Kandidaten gestanden hätten, die nicht im Memelgebiet wohnen, und daher auch nicht wahlberechtigt waren. Es wurden auch einige andere Wahlbegehren litauischerseits erwähnt, die noch geprüft werden sollen.

Nachwahl in London, Whitechapel. Bei der gestrigen Nachwahl zum Unterhaus, die durch den Tod des Arbeiterparteilers Gosling erforderlich geworden war, wurde wiederum ein Mitglied der Arbeiterpartei namens Hall gewählt. Gegenüber den allgemeinen Parlamentswahlen ist allerdings die Mehrheit der sozialistischen Stimmen beträchtlich zurückgegangen, was, einer Neuentdeckung zufolge, der Unzufriedenheit mit der Palästinapolitik der Regierung unter der starken jüdischen Bevölkerung von Whitechapel zuzuschreiben ist.

Geheimorganisation in Italien. Die politische Polizei hat — wie aus Rom gemeldet wird — mehrere Geheimorganisations aufgedeckt, die sich gegen die faschistische Regierung richten. Mehrere Personen wurden verhaftet und dem Sondergerichtshof zum Schutze des Staates übergeben.

Fehlgeschlagenes Attentat in Spanien. Der politische Redakteur der Zeitung „El Sol“, Alizo, hat bei einem Briefempfang in Madrid aus den spanischen Ministerpräsidenten einen Pistolenanschuss abgegeben, der jedoch durch das schnelle Eingreifen der Anwesenden sein Opfer nicht erreichte. Man nimmt an, daß Alizo in einem Anfall von Geistesgeführligkeit gehandelt hat. Ein Professor, der Alizo untersucht hat, hat erklärt, es handle sich um einen Irrsinnigen, dessen Internierung zu empfehlen sei. Der Revolver habe nur eine einzige Patrone enthalten. Alizo hat 20 Jahre lang zur Redaktion des „AB“ und seit 10 Jahren zur Redaktion der Zeitung „El Sol“ gehört.

Kleine Chronik

Auch München wird in diesem Jahre keinen Faschingszug sehen. Die Notlage kann die Mittel nicht aufbringen. Auch verschiedene große Bälle, so vor allem der ehrwürdige „Armenball“, fallen in diesem Jahre aus.

In Weiden (Oberpfalz) wurden drei tschechoslowakische Staatsangehörige verurteilt, weil davon zu Zuchthausstrafen von 15 und 14 Jahren. Sie hatten an der bayerischen Grenze zahlreiche Einbrüche verübt. In einer Ortschaft hatten sie bei einem Einbruch in eine Gastwirtschaft den Wirt mit einer Art niedergebüllagen und mit einer Revolver auf ihn geschossen. Als sie im April 1930, mit Beute schwer beladen, die Sachen über die Grenze bringen wollten, liefen sie dem Grenzwachtern in die Hände.

Im holländischen Konsulat in Dortmund hat der Student Kurt Winkelmenn eine Korridorhölze eingeschlagen und auf den ihn verfolgenden Konsulatsangestellten einen Schuss abgegeben, der jedoch fehlging. Der Täter wurde dann später verhaftet. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Nachsch.

In Gräfenstona bei Gotha spielte der 11 Jahre alte Sohn des Kommunistenführers Gramer mit einem geladenen Revolver seines Vaters, der losging. Das Geschloß traf einen sechsjährigen Spielgefährten tödlich.

An der polnischen Grenze ist ein dreifacher Raubmord verübt worden. Ein Lehrer aus dem polnischen Grenzort Jachowo, der sich mit seiner Frau und einer zweiten polnischen Dame aus der polnischen Stadt Kolno die Gefährter für sich und seine Kollegen abholte und etwa 3000 Loty bei sich trug, wurde auf freier Landstraße von zwei Wegelagerern überfallen und erschossen. Dann hat einer der Räuber seinen Komplizen durch einen Schlägenstoß ermordet und sich der Beute bemächtigt.

Der bekannte Schweizer Flieger Mittelholzer ist am Dienstagvormittag vom Flugplatz Dübendorf bei Zürich zu seinem dritten Afrikaflug gestartet. Die erste Etappe ist die Strecke Zürich-Perpignan.

Eine Explosion eines Tanks, der 10 000 Gallonen Rohöl enthielt, verursachte in den Brooklyner Anlagen der Standard Oil-Co. ein Großfeuer. Acht Tanks gerieten danach in Brand. Trotz der größten Anstrengungen von 35 Feuertruppen und vier Löschbooten waren um Mitternacht weitere 25 Tanks, die fast 300 Gallonen Rohöl fassen, vom Feuer bedroht. Der Gesamtschaden wird auf eine Million Dollar geschätzt.

Badischer Teil

Der Stand der Herbstsaaten in Baden Anfang Dezember 1930

St. L.-A. Infolge der andauernden nassen Witterung im abgelaufenen Monat November konnten die Feldgeschäfte nur langsam bewältigt werden, gehen jedoch jetzt ihrem Ende entgegen. Die Wintersaaten sind fast überall gut aufgegangen und haben sich kräftig entwickelt.

Die Mäuseplage ist durch die schweren Regenfälle vielerorts eingedämmt worden, dagegen nehmen Saatfrähen und Acker Schnecken in manchen Gegenden unliebsam überhand.

Badischer Landtag

Aus dem Rechtspflegeausschuß

In der am Mittwoch fortgesetzten Beratung über die Novelle zum Beamtengesetz wurde von demokratischer Seite ein Antrag eingebracht, der für die Disziplinarverfolgung bei Dienstvergehen eine dreijährige Verjährungsfrist vorschlug. Bei Vergehen, die strafrechtlich verfolgt werden, soll die im Strafgesetzbuch vorgesehene Verjährungsfrist zur Anwendung kommen. Darüber entstand eine längere Aussprache mit dem Ergebnis, daß der demokratische Antrag abgelehnt wurde. Auf Vorschlag von Zentrum und des Reichspräsidenten beschloß die Mehrheit, daß die Frist seit Vergehen der strafbaren Handlung bei der Eröffnung des Verfahrens berücksichtigt und bei der Strafzumessung auch als mildernder Umstand in Frage kommen soll.

Ein weiterer demokratischer Antrag, der einer Forderung des Beamtenbundes entsprach, besagte, daß die tatsächlichen Feststellungen bei einer strafrechtlichen Beurteilung nicht bindend sein sollen für das Disziplinargerichtsverfahren. Hiergegen wandte sich der Regierungsvertreter. Wegen der Schwierigkeit der Materie wurde die Entscheidung ausgesetzt. Die Frage eines Vorklagsrechts der Beamtenvertretungen für die Zusammenstellung der Dienststrafkammern, wurde prinzipiell verneint. In der Debatte trat der volksparteiliche Vertreter für das Übergewicht des richterlichen Elements in den Dienststrafgerichten ein. Es blieb bei der Fassung des Entwurfs. Für den Dienststrafhof (2. Instanz) ist ein Übergewicht der Berufsrichter vorgesehen, da es sich hier nicht hauptsächlich um Feststellungen des Tatbestandes handelt. Die Paragraphen, die das Dienststrafverfahren regeln, ebenso die restlichen Bestimmungen des Gesetzesentwurfs, wurden mit nur unwesentlichen, meist redaktionellen Änderungen in erster Lesung angenommen. Für die zweite Lesung steht der Termin noch nicht fest, da zunächst die Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten sollen.

40jähriges Dienstjubiläum

Der Direktor des Hauptverwaltungsamtes Baden, Denefe, beging am 2. Dezember 1930 sein 40jähriges Dienstjubiläum. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaft an der Universität Straßburg i. E. und war als Referendar, Gerichtsassessor und Amtsrichter in Elsaß-Lothringen tätig. Zahlreich bekleidete er das Amt eines Landrichters (Landgerichtsrats). Bei Kriegsausbruch war er Landgerichtsdirektor. Nach Kriegsende wurde er zum Reichsministerialrat beim Reichsbeschäftigtenausschuß in Bilkfallen ernannt. Vorübergehend war er dann beim kommissarischen Reichswirtschaftsrat in Berlin tätig. Im Jahre 1921 trat Direktor Denefe in das Verordnungsamt ein. Hier war er zunächst Leiter des Verordnungsamts Königsberg i. Pr. und später Direktor des Hauptverwaltungsamtes Badens. Im Januar 1929 wurde er als Direktor zum Hauptverwaltungsamt Baden berufen.

Aus Anlaß des Dienstjubiläums erhielt Direktor Denefe Glückwünsche und Anerkennungsschreiben des Reichspräsidenten und des Reichsministerialrats. Die Beamten des Hauptverwaltungsamtes Baden und des Verordnungsamtes Karlsruhe übermittelten dem Jubililar unter Überreichung von Erinnerungsgaben die herzlichsten Glückwünsche. Möge es dem verdienstvollen Beamten vergönnt sein, noch lange Jahre an seinem verantwortungsvollen Posten zum Wohle der Reichsbeschäftigten und Kriegerhinterbliebenen zu wirken.

Literarische Neuerscheinungen

Batterie Glahn. Eine Erzählung aus dem Weltkrieg von Hubert G. Gilbert. (160 Seiten mit 32 Abbildungen und 4 Tafeln. Französischer Verlagshandlung, Stuttgart. Preis in Ganzleinen gebunden 4,80 M.) — Ist es nicht eigentlich ein merkwürdiger Gedanke, daß unsere Jugend von heute kaum mehr einen Begriff vom Weltkrieg hat, daß das, was unser Leben und Denken so entscheidend beeinflusste, unseren Vierzehn- und Fünfzehnjährigen völlig fremd ist. Schneller denn je vergeht heute die Zeit und unsere Jungen stehen so sehr in der Gegenwart, daß sie sich um die Vergangenheit nicht kümmern. Daß sie kaum noch den äußeren Verlauf des Weltkriegs kennen, daß sie keinen Begriff mehr haben von den Leistungen ihrer Väter im Krieg und sich kein Bild von Tanks, Schützengräben und Unterständen machen können. Wir alle haben diese Verständnislosigkeit wohl schon empfunden, und es ist daher höchste Zeit, daß nun endlich einer gekommen ist, der uns das deutsche Kriegsbuch für die Jugend geschrieben hat. Kaum einer ist dazu so berufen wie Hubert G. Gilbert, ein Frontoffizier bester Schule (übrigens das Attribut zu Karl Federers berühmtem Roman „Hauptmann Latoré“). Er schildert in seinem eben erschienenen Werk „Batterie Glahn“ in frischem Erzählertone und in einer knappen, padenden Sprache ohne Hurrapatriotismus die Geschichte einer Batterie im Osten, in Italien und an der Westfront.

Das Josef-von-Lauff-Buch. Herausgegeben von Carl Hanns Erkelenz mit 70 Abbildungen. Kartoniert 3,80 M., geb. in Leinen 5,40 M. G. Grote, Berlin. — Lauff, der Entdecker des Niederrheins! So tönt es hier aus dankbar bewegten Worten rheinischer Dichter wie Bräuns, Eulenberg, Herzog und anderer. Der Dichter selbst führt den Leser entlang an seinem Lebensweg und Schaffen, dann tut sich in sorgsam aus den Werken ausgewählten Abschnitten ein fasset rundes Bild niederländischer Landschaft in ihrer herrlichen Vielfalt auf, ferner treten die köstlichen Menschengestalten dieses Landstrichs mit ihrem heiteren Lebensinn zu einem Reigen anmutigster Art zusammen.

Marie Buchner: Rupert Profenius. Die Geschichte einer Jugend. (Verlag Eugen Salzer in Heilbronn. Geb. 1,20 M.) — Eine Jugendgeschichte aus dem Spätmittelalter. Mit echter und rechter deutscher Romantik. Ein Sang von der Seele, die die „Blauwe Blume“ sucht!

Kunst und Leben. Rünftlich zur Weihnachtszeit erscheint wieder der schöne Kalender „Kunst und Leben“. (Verlag Fritz Seyder, Berlin-Zehlendorf.) Mit seinen Originalzeichnungen und -holzschnitten deutscher Künstler und seinen Versen und Sprüchen deutscher Dichter zählt er zu den allerbesten und allerfreudlichsten Kalendern, die wir überhaupt besitzen. 58 namhafte Künstler haben diesmal die Bilder für den Kalender geschaffen, und 58 Dichter der Zeit sind in ihm vertreten. Wir empfehlen den Kalender unseren Lesern aufs wärmste.

Neueinschätzung der Gebäude zur Gebäudeversicherung

R.A. über die Bedeutung der allgemeinen Nachprüfung aller Gebäude des Landes zur Feuerversicherung, welche die Gebäudeversicherungsanstalt seit dem Herbst des Jahres 1928 wieder aufgenommen hat, bestehen in den Kreisen der Gemeinden und der Gebäudeeigentümer vielfach unrichtige Vorstellungen.

Schon das Gebäudeversicherungs-gesetz vom Jahre 1840 hat eine allgemeine Nachprüfung aller Gebäudewerte innerhalb bestimmter Zeiträume vorgeesehen, um die Versicherungswerte der Gebäude den innerhalb solcher Zeiträume erfahrungsgemäß eintretenden Wertsteigerungen oder Wertverminderungen anzupassen. Bis zu dem Jahre 1917 war ständig eine größere Zahl von Einschätzungskommissionen tätig, wegen der Kriegsverhältnisse sind die allgemeinen Nachprüfungen im Jahre 1917 eingestellt worden. Zur Beseitigung des durch den Krieg und seine Nachwirkungen im besonderen Maße verursachten Mißverhältnisses zwischen Versicherungssumme und Bauwert sind durch Gesetz vom Jahre 1920 die Neubaufosten und die Versicherungssummen sämtlicher Gebäude des Landes auf Grund der Baupreise vom 1. August 1914 nach einem vereinfachten Verfahren in der Weise neu festgesetzt worden, daß sie je nach der Zeit, in welcher die letzten Einschätzungen erfolgten, um 10 bis 50 v. H. erhöht wurden.

Diese Neueinschätzung der Neubaufosten und Versicherungssummen war indessen nur eine schematische und rein buchmäßige, konnte auch nicht mehr sein, da sie in kürzester Zeit durchzuführen war. Um so dringender wurde im Laufe der Folgezeit die Wiederaufnahme der allgemeinen Nachprüfung mit Einschätzung eines jeden versicherten Gebäudes, da die Baufosten nicht in allen Orten gleichmäßig gestiegen sind und die durch Alter und Abnutzung entstehende Wertminderung bei den einzelnen Gebäuden je nach Gebrauch und Unterhaltung verschieden ist. Mit der wieder aufgenommenen allgemeinen Nachprüfung sollen nun keineswegs allgemein die Versicherungssummen herabgesetzt werden, es soll vielmehr lediglich das zum Teil in größerem Maße bestehende Mißverhältnis zwischen Versicherungssumme und Bauwert der einzelnen Gebäude, die zum Teil seit Jahrzehnten keiner Nachprüfung mehr unterlagen, durch Einschätzung beseitigt werden. Die Beseitigung dieses Mißverhältnisses wird allerdings bei der mancherorts bestehenden Überversicherung der Gebäudewerte in einer solchen Überversicherung liegenden subjektiven Brandgefahr dienen.

Die allgemeine Nachprüfung wird von einer aus drei Sachverständigen bestehenden Kommission vorgenommen, zu der die Gebäudeversicherungsanstalt, das Bezirksamt und die betreffende Gemeinde je einen ernennen. Nach geschicklichen Vorarbeiten trägt die Gebäudeversicherungsanstalt die Kosten für zwei Sachverständige, die Gemeinde diejenigen des von ihr bestellten Sachverständigen.

Dr. h. c. Zenel

Der Senat der Handelshochschule Mannheim hat dem Mannheimer Handelskammerpräsidenten Richard Zenel die Würde eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften ehrenhalber verliehen. Diese Ehreung ist erfolgt, weil — wie es in der überreichten Promotionsurkunde heißt — „Präsident Zenel in selbstloser Mitarbeit am Aufbau der Handelshochschule auf Grund seiner reichen Lebenserfahrung und seiner tiefen Einsicht in die wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit, die Pflege der Wirtschaftswissenschaften in hervorragender Weise gefördert hat“. Die Handelshochschule hat damit zum erstenmal von ihrem Recht der Ehrenpromotion Gebrauch gemacht.

Die am Mittwoch abgehaltene Vollversammlung der Handelskammer galt gleichfalls der Ehreung des Präsidenten Richard Zenel. Der Vizepräsident, Fabrikant Bögel, übermittelte dem Jubililar namens der Kammer die besten Glückwünsche und gedachte in einer Ansprache der großen Verdienste des Präsidenten um das Mannheimer Wirtschaftsleben.

Der Südwestdeutsche Kanalverein ruft eine Vorstands- und Ausschusssitzung auf Mittwoch, den 10. Dezember nach Heilbronn ein. Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Sitzung im großen Rathhausaal mit „Bericht über den Stand der Arbeiten am Redartkanal, insbesondere im Heilbronner Gebiet“.

Bücher für die Jugend

Das Neue Universum. 1. Band. Die interessantesten Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten sowie Reiseschilderungen, Erzählungen, Jagden und Abenteuer. Mit einem Anhang zur Selbstbeschäftigung: „Häusliche Werkstatt“. (In Leinen geb. 8,50 M. Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.) — Das „Neue Universum“ wird alljährlich zu Weihnachten in Tausenden deutscher Familien mit Spannung erwartet, weil es Jahr für Jahr in Wort und Bild treulich über die Entwicklung unserer Technik, Industrie und Naturwissenschaften berichtet. Wiederum berücksichtigt „Das Neue Universum“ die letzten Fortschritte auf allen Gebieten. Mit der Belehrung weiß es fesselnde Unterhaltung in seinen volks- und länderkundlich interessanten und abenteuerreichen Erzählungen und Anregung zu eigener Handfertigkeit zu verbinden. Es ist unmöglich, die Fülle seines Inhalts, den Reichtum seiner Ausstattung in wenig Worten zu schildern. Und alles für einen außerordentlich billigen Preis. Nicht umsonst erblinden alljährlich zehntausende Jungen in dem neuesten Band des „Neuen Universum“ ihr liebste Weihnachtsgeschenk. So mancher Vater, der es selbst einst mit Begeisterung las, wird auch diesen neuen Band gern durchblättern und lesen, um zu erfahren, was die heutige Jugend interessiert.

Großes Schaffen, Band VII. Das Buch für jung und alt. (600 Seiten, 300 Bilder, 4 Farbtafeln, Ganzleinen, Preis 7,50 M. Deutscher Verlag für Jugend und Volk, Gesellschaft m. b. H., Wien I, Burggring 9 — Leipzig.) — Vereidenschaftet die Jugend, der ein solch prächtiges Werk auf den Weihnachtsfest gelegt wird! Was die jungen Leute brennend interessiert und was ihnen an Wissen für das spätere Leben von Wert ist, vereinigt dieses geistreiche, glanzvoll ausgestattete und aufs reichste bebilderte Jahrbuch in überaus geschickter Weise. Auch der neueste 7. Band hält den Rekord, den „Großes Schaffen“ schon mit seinen früheren Jahrgängen aufgestellt hat. Ohne dem Tag nachzugeben, ist er von der ersten bis zur letzten Seite aktuell. Sein Wert liegt eben in der ungemein sorgfältigen Sichtung und Auswahl. Nur Bleibendes und wirklich Bedeutendes wird in stets fesselnd geschriebenen und leicht verständlichen Aufsätzen namhafter Fachleute dargeboten. Der Begeisterung unserer Zeit für die Fortschritte der Technik und der Erkenntnis der Natur entsprechen laufend durchwegs gründlich orientierende Artikel, wie: Niesenflugzeuge, Der Motor der

Badischer Städteverband

Der Badische Städteverband hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Heidelberg eine Vorstandssitzung ab, wobei die Errichtung einer überörtlichen selbständigen und von den einzelnen Städten unabhängigen Revisionsstelle eingehend beraten wurde. Diese Einrichtung soll für diejenigen Städte, welche örtliche Sachverständige in der Form von Berufsbeamten nicht haben, an deren Stelle treten, im übrigen zu deren Ergänzung dienen. Die Revisionsstelle soll in betriebswirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Fragen für die Städte gleichzeitig als Beratungsstelle tätig werden. Die Einschaltung des staatlichen Rechnungshofes für die Prüfung der städtischen Rechnungen muß aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen nachdrücklich abgelehnt werden.

Des weiteren beschäftigte sich der Vorstand mit der Preisfestsetzungsaktion, wobei den Städten nahegelegt wurde, die Bestrebungen der Regierung in jeder möglichen Weise zu unterstützen.

Die Gewährung allgemeiner zusätzlicher Beihilfen an Fürtorgempfehlungen ohne Prüfung der Bedürftigkeit im Einzelfalle ist in den reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Fürtorgewesen als unzulässig erklärt. Die Städte müssen sich daher derartigen Anträgen gegenüber ablehnend verhalten.

Während nach den früheren Vorschriften die Krisenunterstützung auch solche Arbeitslose erhalten konnten, welche die Anwartschaft auf die Arbeitslosenunterstützung noch nicht erfüllt, aber wenigstens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hatten, sind diese arbeitslosen Personen nunmehr durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers von dem Bezug der Krisenunterstützung ausgeschlossen worden. Der Städteverband hat entsprechende Schritte eingeleitet, daß diese ungeschickliche Vorschrift der Reichsregierung wieder aufgehoben wird.

Die Elektrifizierung der badischen Durchgangsbahnen, für die sich neuerdings der Badische Verkehrsverband in einer längeren Denkschrift eingesetzt hat, sollte mit allen Mitteln beschleunigt werden.

Als Vorsitzender des Badischen Städteverbandes wurde Oberbürgermeister Dr. Winter und als sein Stellvertreter Oberbürgermeister Gündert wieder einstimmig gewählt.

Erfolge auf dem Gebiete

des badischen Qualitätsweinbaues

Das Veruchs- und Lehrgut für Weinbau in Blantenhornsberg der Bad. Landwirtschaftskammer beschäftigt sich schon seit Jahren im Interesse der Hebung des badischen Weinbaues mit der Erzeugung edelster badischer Trockenbeerenauslesen. Die bisherigen Ergebnisse auf diesem Gebiet haben derart befriedigt, daß Fachkennner allgemein die hohe, praktische, zielbewusste Qualitätsarbeit auf diesem Gebiete in vollstem Maße anerkennen und diese Weine den edelsten Auslesen des Rheingaus in vollstem Maße gleichstellen. Die Arbeiten, die von der Bad. Landwirtschaftskammer durch das Veruchs- und Lehrgut Blantenhornsberg geleistet wurden, verdienen insbesondere in den Konsumentenkreisen die allergrößte Beachtung, weil gleichzeitig mit der Weiterforschung auf diesem Gebiete dem badischen Weinbau, der in seiner hervorragenden Qualität noch viel zu wenig beachtet wird, die beste Empfehlung gegeben wird.

Aus der badischen Industrie

Kündigung des Lohnabkommens für den Mannheimer Hafen. Von seiten der Arbeitgeberverbände sind die Lohnabkommen für sämtliche Hafenarbeiter und Schiffer in Mannheim-Ludwigshafen gekündigt worden.

Stillegungsantrag der oberbadischen Zigarrenfabriken. Von den meisten oberbadischen Zigarrenfabriken ist, wie aus Laßer gemeldet wird, die sofortige Stillegung ihrer Betriebe beantragt worden, und zwar, wie der Verband oberbadischer Zigarrenfabrikanten mitteilt, infolge der Notverordnung und der darin enthaltenen, von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen einer Nachverfolgung der unterbewerteten Zigarren und insbesondere der Herabsetzung des Vorratenbezuges im Dezember d. J., wodurch eine Unterbindung des Verkaufes im Dezember und insbesondere des Weihnachtsgeschäftes eintrete. Von der Stillegung würden etwa 162 Betriebe mit etwa 13 500 bis 15 000 Arbeitern betroffen.

Zukunft, 750.000 km Flugkapitän, Hochleistungsflugzeuge, hinter den Kulissen des Hundsfuts, Augen ins All, SOS — Schiff in Not, Wesen der Tiefsee, Ausgerottete Tierarten usw. In die weite Welt führen uns die Schilderungen der Rocky Mountains und Erlebnisse unter Buschmännern, Oambos und Zulu. Sport und Touristik, Kunst und Musik bilden die Gegenpole zu den realwissenschaftlichen Aufsätzen. Verschlingen aber werden die jungen Leser die spannenden Erzählungen von R. de Kruij, Hans Frank, Clara Viebig, Fern. Köns, F. Müller, Partentirgen, W. Roed, M. Scheyer, W. Seidel, G. Welten, E. F. Wieand, deren Namen allein das ansehnliche literarische Niveau des obenreim mit prächtigen farbigen Kunstblättern geschmückten Werkes genussam kennzeichnen.

Jungmädchenwelt. 4. Band. Ein Jahrbuch für reifere Mädchen. Erzählungen ersten und höheren Inhalts, Klauerereien über Kunst und Wissenschaft, Natur- und Kunstgeschichte, Länder und Völker, Beruf, Sport, Haus, Hof und Garten. Mit 107 Abbildungen im Text und vier mehrfarbigen Kunstbeilagen. (In Leinen geb. 7,80 M. Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.) — Der neue Band der jetzt im vierten Jahrgang vorliegenden „Jungmädchenwelt“ vereinigt alles in sich, was unsere heutige weibliche Jugend an Anregungen sich wünscht. Beliebte Erzählerinnen bieten zahlreiche interessante und unterhaltende Beiträge. Wissenschaftler und Kunstfachverständige von Namen berichten leichtfächlich über die Neuigkeiten ihrer Gebiete, soweit sie dem Interessentenkreis junger Mädchen entsprechen. Für die reisefreudigen gibt es Klauerereien über Länder, Sitten und Gebräuche fremder Völker. In den zahlreichen Anekdoten, Gedichten, Rätseln und dem überreichen Bilder Schmuck wird jedes junge Mädchen helle Freude haben. Ein im besten Sinne modernes Buch von gesunder Aktualität, das wir wärmstens empfehlen können.

J. F. Cooper: Lederstrumpfgeschichten. Mit 8 Bildern. (Neuer Band der Union-Jugendbücherei.) In Leinen geb. 3,80 M. (Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.) — Der neueste Band der vorzüglich bearbeiteten Union-Jugendbücherei bringt eine der beliebtesten Erzählungen James Fimmores Coopers, dessen Werke, obwohl mehr als drei Vierteljahrhundert seit dem Tode ihres Verfassers verfloßen sind, nicht veraltet sind und von jung und alt gern gelesen werden, in einer von Karl Grobecker durchgesehenen Bearbeitung. Diese neue Ausgabe der Lederstrumpfgeschichten enthält die berühmten Erzählungen „Der Bildhauer“ und „Der letzte Mohikaner“; Geschichten, die jedes Junge vor Spannung und Erwartung höher schlagen lassen, die die Bildwestromantik vor hundert Jahren in einer einwandfreien Weise schildern und die man ihnen getroßt in die Hand geben kann.

**Aus der Landeshauptstadt
Die Staatsaufsichtsbehörde zu den Anschuldi-
gungen gegen den Karlsruher Oberbürgermeister**

Es wird uns mitgeteilt:
Oberbürgermeister Dr. Zinter hat vor kurzem wegen der in der Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ gegen ihn gerichteten Angriffe Antrag auf Durchführung eines Disziplinarverfahrens gegen sich gestellt. Die Staatsaufsichtsbehörde hat dieses Verfahren eingeleitet und die Untersuchung auf sämtliche Vorgänge erstreckt, welche die „Arbeiter-Zeitung“ vor den Gemeindevätern unter der Überschrift „Riesensandal auf dem Karlsruher Rathaus“ erwähnt hatte.

Nach eingehender Prüfung der gesamten Sach- und Rechtslage, nach eidlicher Zeugnisaufnahme und auf Grund von Gutachten zweier staatlicher Sachverständigen ist nunmehr die Entscheidung ergangen; sie lautet auf Einstellung des Verfahrens.

In der ausführlichen Begründung ist einmal nach der formalen Seite dargelegt, daß Verletzungen von Verfahrensvorschriften, insbesondere über die Zuständigkeit des Bürgerausschusses oder über Buchungen, nicht vorliegen. Nur in einem Fall, den übrigens auch der Stadtrat in seiner vor einigen Wochen veröffentlichten Erklärung angeführt hat, wird beanstandet, daß die Genehmigung des Stadtrates zu einer nachträglich bekannt gewordenen Überschreitung in Höhe von rund 5000 M nicht eingeholt worden ist. Die Begründung der Disziplinarverurteilung bringt aber zum Ausdruck, daß es sich hier um ein offensichtliches Versehen und nicht um eine Verletzung handelt.

Zu sachlicher Hinsicht ist festgestellt, daß eine Verletzung irgend welcher städtischer Interessen nicht vorliegt. Insbesondere betont die Begründung:

Von Uppigkeit in der Wohnung des Oberbürgermeisters ist keine Spur zu finden; der angebliche Luxuswagen ist zur Zeit der billigste sechsradrige Wagen der Benzwerke in Mannheim gewesen; die behauptete ungerechtfertigte Bereicherung in den Jahren 1920 bis 1924 stellt sich in Wirklichkeit als eine freiwillig angenommene Schlechterstellung des Oberbürgermeisters dar.

Allgemein wird schließlich in den Entscheidungsgründen hervorgehoben, daß die Amtsführung des Oberbürgermeisters Dr. Zinter in jeder Hinsicht gewissenhaft und streng korrekt gewesen ist und daß alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe sich als völlig haltlos erwiesen haben.

Wie kann man zur Karlsruher Notgemeinschaft spenden?

1. Durch einmalige Spenden.
2. Durch laufende Beiträge während der Wintermonate von bestimmten Einkommen (aus Geschäft, Verdienst, Gehalt, Lohn, Dividenden, Zinsen, Aufsichtsrats- oder Aufwandsentschädigungen usw.).
3. Durch Ablieferung eines Beitrags aus allen Veranstaltungen (Konzerte, Feste, Weihnachtsfeiern, Sportveranstaltungen usw.).
4. Durch Gutscheine auf Brennstoffe, Kleidungsstücke, Lebensmittel, auch durch Warenspenden.
5. Durch Abgabe getragener Kleidungsstücke.
6. Durch Kauf von Essengutscheinen und direkte Abgabe an Bedürftige.
7. Durch Speisung Bedürftiger, insbesondere von Kindern im eigenen Haushalt (Freitische).

Geldspendungen auf das Postsparkonto 22100, Girokonto 8100, bei sämtlichen Banken.
Anmeldung aller sonstigen Spenden bei der Geschäftsstelle, Stephanienstr. 74, Fernruf 7957.

Fernbeben. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten Mittwoch abend wieder ein sehr starkes Fernbeben. Die ersten Vorläuferwellen erreichten 20.03, 84 Uhr die Station. Die Maximalbewegung des Bebens wurde um 20 Uhr 36 und 20 Uhr 40 Minuten aufgezeichnet. Gegen 22 Uhr kamen die Apparate wieder zur Ruhe. Die Herdentfernung beträgt zirka 8300 Kilometer.

In den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten (7., 14. und 21. Dezember 1930) sind die Karlsruher Ladengeschäfte in der Zeit von 11-18 Uhr geöffnet.

Ausübung des Kundenbienstes an den verkaufsfreien Sonntagen vor Weihnachten. Es waren Zweifel entstanden, ob an den für den Verkauf freigegebenen Sonntagen vor Weihnachten während der Verkaufsstunden auch Waren den Kunden in ihre Wohnungen zugeführt werden dürfen. Im Interesse der hierdurch betroffenen Einzelhandelskreise hat nun die Handelskammer Karlsruhe die Frage aufgegriffen und sie nach Fühlungnahme mit dem Bad. Ministerium des Innern dahin geklärt, daß die Zuführung von Waren an Kunden auch an Sonntagen in dem Umfang gestattet ist, in dem die Bezirksämter und die Bezirksräte den Sonntagsverkauf zugelassen haben.

Weihnachtsverkehr bei der Post. Es wird empfohlen, mit der Versendung der Weihnachtspakete möglichst frühzeitig zu beginnen, damit die Pakete ohne Verzögerung in die Hände der Empfänger gelangen. Ferner wird gebeten, für die Pakete recht dauerhafte Verpackungstoffe zu verwenden, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Namen des Bestimmungsorts groß und kräftig niederzuschreiben. Auf dem Paket ist der Absender anzugeben und in das Paket oben auf ein Doppel der Aufschrift zu legen. Pakete müssen haltbar verpackt und gut verschürt werden; Hohlräume sind mit Holzwolle auszufüllen, damit die Sendungen bei der Beförderung nicht eingedrückt werden können. Sie müssen deutlich als „Briefpaketen“ oder „Päckchen“ bezeichnet sein.

Colosseumtheater. Neben besten Kräften vom internationalen Artistenmarkt bilden im Varietëprogramm, das die rührige Direktion des Colosseums für die erste Dezemberhälfte zusammengestellt hat, zwei fesselnde Kapitän Wilsons Wasserlöwen die Hauptattraktion. Denn was diese wunderbar dreiflügelten Tiere inner- und außerhalb ihres 12000 Liter fassenden Glasbassins zusammen mit den beiden Wasser-nympfen Marlis Steiner und Elise Müller vorführen, zeugt von unerhörter Gelehrigkeit und ist besonders in den Aufgaben, die sie in ihrem eigenen Element vollbringen, wohin keine menschliche Stimme mehr dringt, eine fabelhafte Leistung. Aber nicht nur dieser Teil der aus acht Nummern bestehenden bunten Reihe der Darbietungen wird diesmal der beliebten Unterhaltungsstätte höchsten Besuch zuführen, es steht auch sonst viel Qualität und Einzigartigkeit in der Gesamtschau. Gleich wie die amnuttige Dreiflügelkünstlerin Quintilla ein famoseres Musikspiel zeigt oder ihren durchtrainierten Körper mit einem männlichen Partner in dem Akt „2 Roberts“ über die Bühne wirbelt, ist ebenso erste Klasse wie das akrobatische Kunststück der Boob Sisters am getragenen Pferde. Fast noch mehr fesselt dann die Aufmerksamkeit Frank Ebers, ein Hercules, der schwerste Metallkugeln jongliert und vielstündige Granaten spielend auf seinem

Siernaden auffängt. Auch die Gebrüder Kühn erheben mit Recht Anspruch auf lebhafteste Beachtung in ihrem unheimlich anstrengenden Akt von spannender und sich steigender Waghalsigkeit. Weniger vielleicht weiß der Komiker des Abends, Victor Ritter, sein Publikum zu fesseln, und selbst Willi Fontaine, obwohl er ein originales musikalisches Stunt-talent bringt, vermag das Interesse nicht mehr in ungewöhnlicherem Maße zu wecken. Aber da ist eben die Hauptnummer schon darüber, um derentwillen sich allein ein Besuch wahrlich lohnt.
S. Sch.

Weiterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Ein Hochdruckrücken, der sich vom Nordatlantik über Europa bis nach Rußland erstreckt, wird uns voraussichtlich noch einige Zeit von der Zufuhr maritimer Luft abhalten, so daß das Wetter weiterhin wird. **Voraussetzung:** Fortdauer der bestehenden Witterung.

**Gemeinderundschau
Stadtratswahlen**

In Heidelberg haben sich für die am 8. Dezember stattfindende Stadtratswahl Staatspartei, Volkspartei, Bürgerbund, So. Volksdienst und Zentrum über die Verteilung von sechs Mandaten vereinigt. Es erhalten Zentrum 2 Sitze, die 4 anderen Parteien je 1 Sitz. Dazu kommen die Nationalsozialisten mit 7, die Sozialdemokraten mit 3 und die Kommunisten mit 2 Mandaten.

In Durlach erhielten die Sozialdemokraten 5 Sitze, die Kommunisten 2, der Hitler-Block (Nationalsozialisten, So. Volksdienst, Bürgervereinigung Aue und Deutschnationale) 5, Bürgerblock (Zentrum, Staatspartei, Wirtschaftspartei, Volkspartei, Freie Bürgervereinigung Durlach) 4 Sitze.

Mannheims Bevölkerung im dritten Vierteljahr. Wie aus dem statistischen Monatsbericht der Stadt Mannheim hervorgeht, betrug die durchschnittliche Einwohnerzahl im Juli 259 087, im August 259 023 und im September 259 282. Die Gesamtzahl der Geborenen (einschließlich der Totgeborenen) ist weiter um 1,032 Proz. gesunken, der Anteil der unehelich Geborenen war mit 15,29 Proz. der Gesamtzahl ein wenig höher als im Vorjahre. Die ungünstige Wirtschaftslage wirkt sich jetzt auch bei den Geburten aus, die mit insgesamt 586 um fast 200 hinter der im gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückbleibt.

Wachsender Fremdenverkehr in Heidelberg. Von April 1930 bis Oktober 1930 (gleiches Zeit 1929) war Heidelberg besucht von 197 883 (185 839) Fremden, darunter 52 633 (39 904) Ausländern. Die Zahl der deutschen Besucher ist zurückgegangen, während die Zahl der ausländischen Besucher erheblich zugenommen hat.

Rückgang der Einnahmen an Kurtage in St. Blasien. Das verminderte Auskommen an Kurtage bringt der Kurverwaltungsschasse für den bisher abgelaufenen Teil des Rechnungsjahres einen beträchtlichen Ausfall an Einnahmen. Die Kurverwaltung ist daher vom Gemeinderat St. Blasien beauftragt worden, an Hand des Voranschlags festzustellen, an welchen Positionen der Ausgaben Ersparnisse für den Rest des Rechnungsjahres gemacht werden können.

Kurze Nachrichten aus Baden

Todesfälle

D3. Mannheim, 3. Dez. Am Dienstagabend 9 Uhr starb nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 63 Jahren der weit über Badens Grenzen hinaus bekannte Mannheimer Stadtrat Groß, der im wirtschaftlichen, geselligen und sportlichen Leben der Stadt eine hervorragende Stellung einnahm. Er ist 1867 in Mannheim geboren und entstammt einer alten Handwerkerfamilie. Im Jahre 1889 übernahm er das elterliche Metzgergeschäft, das seit 5 Generationen hindurch im Besitz der Familie war. Seit 1918 gehörte er dem Mannheimer Stadtrat an, im gleichen Jahre wurde er Präsident der Mannheimer Handwerkskammer. Dem Bad. Fleischerverband gehörte er als Vorstandsmitglied an; außerdem war er Vorsitzender des Bezirksvereins Baden im Deutschen Fleischerverband. In seiner Privatstellung war er Direktor der Südd. Fettmelze G. m. b. H., Mannheim. Bis vor zwei Jahren war er auch Obermeister der Mannheimer Fleischerinnung. Weiter war er Vorsitzender des Badischen Handwerksamertages und des Badischen Handwerksrats. Mit Groß ist eine der populärsten Persönlichkeiten Mannheims heimgegangen.

Std. Konstanz, 3. Dez. In der Nacht auf Mittwoch verschied im Alter von 60 Jahren der Präsident der Handwerkskammer, Althabrat A. Sauter. Der Verstorbene kam im Jahre 1897 als Wagenbauer nach Konstanz. Im Jahre 1914 wurde er zum ersten Male in den Stadtrat gewählt, dem er bis zu den neuen Wahlen in der vergangenen Woche angehörte. Dem Dienstalter nach war Sauter im Stadtratskollegium an zweiter Stelle. Präsident der Handwerkskammer war er seit dem Jahre 1918. Die 55. Kollerversammlung ernannte ihn zu ihrem Ehrenpräsidenten. Erst am 4. November 1930 war er auf die nächste Periode wiederum zum Präsidenten gewählt worden. Er gehörte der Zentrumspartei an.

Nr. 43 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält das Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten und eine Bekanntmachung des Ministers des Innern: Die Einfuhr von Tieren für zoologische Gärten und Tierparks.

D3. Mannheim, 4. Dez. Der Aufsichtsrat der Mannheimer Milchzentrale hat sich mit der Frage des Milchpreises in mehreren Sitzungen beschäftigt und beschlossen, den Verbraucherpreis ab 16. Dezember 1930 um 2 Pf. je Liter zu ermäßigen. Die Ermäßigung erfolgt zum Teil auf Kosten der Milchzentrale, ferner durch Senkung der Erzeugerpreise und der Kleinhandelspreise.

D3. Heidelberg, 4. Dez. Die Vereinigung Heidelberger Kohlenhändler macht einen Kohlenpreisabschlag bekannt. Die Preise sind meistens um 20 Pf. für den Zentner herabgesetzt worden.

D3. Diesheim (Amt Rossbach), 4. Dez. Die alte Redar-Schiffbrücke Diesheim-Orbisheim trägt Flaggenschmuck, da sie ihr hundertjähriges Bestehen feiert. Der Bau einer neuen festen Brücke wird erwogen.

D3. Malsch (Amt Ettlingen), 4. Dez. Hier fiel das 4½ Jahre alte Söhnchen des Hirschwirts Weizenbach aus dem oberen Raum des Holzschuppens in die darunter liegende Wurfschüssel und unglücklicherweise in den dort aufgestellten, in Betrieb befindlichen Wurfschüssel, der mit siedendem Wasser gefüllt war. Das Kind trug tödliche Brandwunden davon.

Std. Singen a. S., 3. Dez. Bürgermeister Dr. Kaufmann hat in der letzten Sitzung des Gemeinderats erklärt, nachdem er sich von ihm verabschiedet hatte, daß er mit Rücksicht auf die gegenwärtige Notlage vom 1. Februar 1931 an freiwillig auf 10 v. H. seines Gehalts verzichte.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	4. Dezember		3. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168,58	168,92	168,54	168,88
Kopenhagen 100 Kr.	112,02	112,24	112,04	112,26
Stalien . . . 100 L.	21,95	21,99	21,945	21,985
London . . . 1 Pf.	20,34	20,38	20,338	20,378
New York 1 D.	4,1890	4,1970	4,1895	4,1975
Paris . . . 100 Fr.	16,459	16,499	16,457	16,497
Schweiz . . . 100 Fr.	81,135	81,295	81,18	81,34
Wien 100 Schilling	58,96	59,07	58,97	59,09
Brag. 100 Kr.	12,424	12,444	12,425	12,445

Starker Rückgang der Aktienkurse im November. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 24. bis 29. November auf 88,9 gegenüber 91,5 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 82,6 (86,9), Gruppe verarbeitende Industrie auf 78,4 (81,0) und Gruppe Handel und Verkehr 112,9 (115,0). Für den Durchschnitt des Monats November 1930 ist der Index mit 92,3 gegenüber 95,8 im Durchschnitt Oktober 1930 ermittelt, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie 87,4 (92,2), Gruppe verarbeitende Industrie 81,4 (84,4) und Gruppe Handel und Verkehr 115,5 (118,7).

Der neue Futterpreiszoll. Im Reichszollblatt vom 3. Dezember wird der von der Regierung auf Grund der in der Verordnung vom 1. Dezember festgesetzten Verfündigung neu festgesetzte Zoll zur Viehfütterung veröffentlicht. Der Zollsatz beträgt mit Wirkung vom 4. Dezember 1930 18 M je Doppelzentner, der verbilligte Zollsatz beim Bezuge von Cofinurogen bzw. Kariofelfölden bleibt auf 6 M je Doppelzentner bestehen. Die beabsichtigte Preisreduzierung für Cofinurogen, die im übrigen eine rein privatwirtschaftliche Maßnahme darstellt, soll erst am 4. Dezember beschlossen werden.

Die fällige Eisenpreisfestlegung. Der vom vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingesetzte Arbeitsausschuß zur Prüfung von Preisbindungsfragen in der Eisenindustrie ist nach umfassender Beratung einstimmig zu einem Beschluß gelangt, in dem es heißt: Der Ausschuß stellt fest, daß die gegenwärtigen hohen Eisenpreise des Inlandes gegenüber den niedrigen Preisen des Auslandes wie gegenüber denen des Weltmarktes, für die gesamte deutsche Wirtschaft untragbar sind. Der Ausschuß hält trotz der gegenwärtigen ersten Lage der deutschen Eisenindustrie als eines der Mittel zu der dringend erforderlichen Senkung der Produktionskosten und damit der Lebenshaltungskosten, eine starke Senkung der deutschen Eiseninlandspreise für notwendig und ersucht die Reichsregierung, auf Beschleunigung dieser Preisfestlegung hinzuwirken.

Kehler Hafenverkehr. Im abgelaufenen Monat November sind im Kehler Hafen eingelaufen 200 Schiffe mit 84 148 Tonnen Ladung. Die höchste in einem Tage eingelaufene Schiffszahl war 17 mit 9050 Tonnen am 10. November. Abgegangen sind in der gleichen Zeit, die Beerdämme nicht mitgerechnet, 88 Schiffe mit 21 829 Tonnen Ladung.

Zeitschriftenschau

Die vorjährige Ausstellung der Union Europäischer Belgierzuchtverbände in Paris war bereits ein großer Erfolg und wurde von mehr als 70 000 Personen besucht; doch dürfte die diesjährige Ausstellung vom 15. bis 17. November in Stuttgart, die unter Leitung von Geheimrat Prof. Dr. Demoll von der Universität München steht, die Pariser Ausstellung bei weitem übertreffen. Inzwischen ist bei dem bekannten Verlag „Der Deutsche Belgierzüchter“ (F. C. Mayer, G. m. b. H.), München 2 C, der hervorragende illustrierte Werbekatalog für die Ausstellung erschienen (Preis 70 Pf. portofrei), der in äußerst interessanter, dabei in kurzer und allgemeiner verständlicher Form einen Überblick über die Entwicklung der Belgierzucht in Europa sowie, als auch in Amerika gibt. Wer sich für die Belgierzucht interessiert, ist in der Lage festzustellen, welches Tier für ihn nach Lage der örtlichen und finanziellen Verhältnisse zur Zucht in Frage kommt.

N. 119. Karlsruhe. Im Kontursverfahren über das Vermögen des Ingenieurs Georg King in Karlsruhe, Am Stadtgarten 11, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlußtermin bestimmt auf Mittwoch, den 17. Dezember 1930, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 139. Karlsruhe, den 28. November 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

Karlsruhe. R. 122. Kaufmann Karl August Nieten Witwe, Meta geb. Holz, Nachstr. 22 hier wohnhaft, ist durch Erkenntnis des Amtsgerichts B II vom 30. November 1929 wegen Verschwendung entmündigt worden.

Karlsruhe, 2. Dez. 1930. Bad. Amtsgericht B II.

Durlach. R. 120. Güterrechtsregister. Eingetragen am 1. Dezember 1930: Benz, Otto Leopold, Kaufmann in Söllingen und Hilba Hilbelmine geb. Maier. Vertrag vom 21. Oktober 1930; Gütertrennung. Amtsgericht.

Oberkirch. R. 123. Eintrag im Güterrechtsregister: Ludwig Güter, Holz-



Badisches Landestheater
Freitag, den 5. Dez. 1930.
* F 9 (Freitagmiete)
Z. - Gem. 1301-1400
Idello
Vor Weethoben.
Dirigent: Krips.
Mitwirkende:
Manf. Reich-Dörig, Kaimbach, Kiefer, Löfer, Rißsch, Schöepflin, Schäfer, Bitten.
20 Uhr 22,30 Uhr
Preise C (1,00-7,00 M.)
Sa. 6. 12. Nachmittags:
Zum erstenmal: Der große Christoph. Abends:
Die Prinzessin und der Eintänzer. So. 7. 12. Nachmittags:
Der große Christoph. Abends: Jar und Zimmermann. Im Abts.: Meine Schwester und ich. Mo. 8. 12. Die Nibelungen. I. und II. Abts.